

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 44 (1950)
Heft: 5

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum 4. Juni Das ewige Problem der eidgenössischen Innenpolitik, die *Bundesfinanzreform*, wird mit der Volksabstimmung vom 4. Juni seiner Lösung einen Schritt nähergebracht werden. Aber nur wenn die Vorlage der Bundesversammlung vom Volk abgelehnt wird. Würde sie angenommen, so erführe die Finanzfrage nur eine Scheinlösung, die neue, kaum zu entwirrende Schwierigkeiten schüfe, die Tilgung der riesigen Bundesschuld unmöglich machte und das Gleichgewicht im Bundeshaushalt, wenn überhaupt, so höchstens durch massive Einschränkung der Sozial- und Personalausgaben erreichen könnte. Das ist denn auch wohl das eine Ziel derjenigen Kräfte, die die vorliegende «Lösung» im Parlament durchgezwingt haben. Das andere ist die Entlastung der großen Einkommen und Vermögen durch die Wiedereinführung kantonaler Beiträge («Kontingente») an die Bundeskasse, an Stelle der Weitererhebung der direkten Bundessteuer. Und das würde ihnen bei Annahme der Vorlage denn auch großartig gelingen. Man hat berechnet, daß in diesem Fall beispielsweise der Kanton Bern infolge Wegfalls bisheriger Einnahmen, vor allem seines Anteils an der eidgenössischen Wehrsteuer, und durch seinen eigenen Beitrag an den Bund 31,4 Millionen Franken alljährlich *mehr* an Steuern aufbringen müßte. Die Steuererhöhung, die das nötig machte, würde die unteren und mittleren Einkommen erheblich mehr belasten als die bisherige kantonale Steuer plus eidgenössische Wehrsteuer. Je höher aber das Einkommen, desto geringer würde die Mehrbelastung, und von 16 000 Fr. Einkommen ab träte sogar eine Entlastung ein, die bei den obersten Gruppen über 30 Prozent ausmachen würde. Da begreift man allerdings die Leidenschaft, mit der unsere «Föderalisten» die direkte Bundessteuer bekämpfen! Man begreift aber auch die Notwendigkeit, die Vorlage, über die das (männliche) Stimmvolk zu entscheiden haben wird, nicht nur mit einfacher, sondern mit überwältigender Mehrheit zu verwerfen. Dann mag der Weg frei werden für eine Finanzreform, die neben der Belastung des Massenverbrauchs (durch ungerechte Warenaumsatzsteuer) auch die Einkommen und Vermögen der oberen Zehntausend weiterhin besteuert, jener Kreise also, die sich während der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur so schamlos bereichert haben.

Wahlen Die verschiedenen Wahlgänge, die in der letzten Zeit im Land herum abgehalten wurden, bestätigen im ganzen das Bild, das sich schon aus früheren Willensäußerungen des Souveräns ergeben hatte: das Bürgertum gewinnt verlorenen Boden in einem Umfang zurück, der es selber überraschen muß, während die Arbeiterparteien stehenbleiben oder auf einen Stand zurückgeworfen werden, den sie zum Teil schon vor Jahrzehnten erreicht hatten. Das ist besonders deutlich in Zürich, wo bei den Gemeinderatswahlen die Partei der Arbeit von ihren 19 Sitzen nicht weniger als 15 einbüßte, die Sozialdemokratische Partei aber aus dieser Konkursmasse nur zwei Mandate zu ergattern vermochte, so daß die Gesamtvertretung der Linken von 57 auf 44 Mandate sank und diejenige der Rechten von 68 auf 81 Sitze stieg. Das «Volksrecht» (Nr. 73) nennt das «eine leichte Gewichtsverschiebung nach der bürgerlichen Seite»; in Wahrheit ist es ein schwerer Rückschlag der Arbeiterparteien, der um so auffälliger ist, als damit der Anteil der Sozialdemokratischen Partei an der Gesamtstimmenzahl gegenüber 1938 durch einen Verlust von 4300 Wählern von fast 42 auf rund 31 Prozent gefallen ist und die Linke nun wieder genau dort steht, wo sie schon 1904, also vor fast einem halben Jahrhundert, angelangt war! Auch in Basel-Stadt hat die Sozialdemokratische Partei von den 13 Großratssitzen, welche die PdA verloren hat, nur 6 gewonnen (wobei gleichzeitig die Mehrheit im Regierungsrat an die bürgerliche Koalition übergang), in Baselland von den 3 der PdA abgenommenen Sitzen bloß 1, in der Waadt bloß 4 von den 22 (!) verlorenen PdA-Mandaten und in Neuenburg 3 von den 11 der PdA entrissenen

Sigen. In Bern ist die Sozialdemokratie überhaupt stationär geblieben, obwohl die PdA gänzlich von der Bildfläche verschwunden ist. Die Arbeiter und Angestellten, die sich enttäuscht von der PdA (und von der Sowjetunion) abwenden oder einfach der Suggestion des überhandnehmenden Antikommunismus erliegen, kehren also nicht in den Schoß der «alleinseligmachenden Kirche» zurück, sondern bleiben einfach tatenlos auf der Seite stehen, wenn sie nicht gar zu Duttweilers oder sonst zu einer bürgerlichen Partei überlaufen. Man darf es nicht verschweigen: die Anziehungskraft der Sozialdemokratie ist bedenklich gering geworden, und sie wird weiterhin gering bleiben, solange die SP für ihren Fortschritt mehr auf die Ausschöpfung der antikommunistischen Konjunktur spekuliert, die sie selbst noch tüchtig ankurbeln hilft, als daß sie sich der Herausarbeitung und Propagierung eines kämpferisch-radikalen demokratischen Sozialismus widmet, dessen Stunde früher oder später auch in der Schweiz kommen wird — wenn dann seine Träger noch Geist und Kraft genug haben, sie auch wirklich zu nutzen.

Neutralität – wie lange noch!

In den Spalten der «Gazette de Lausanne» hat unlängst eine vielbemerkte Auseinandersetzung über die schweizerische Neutralität von sich reden gemacht. Ein Generalstabsmajor warf die Frage auf, ob die Schweiz nicht ihre «ewige Neutralität» doch einmal aufgeben und sich in aller Form dem Bunde der antikommunistischen Westmächte anschließen sollte, während ein Professor, ein Redaktor und andere Notabilitäten mit mehr oder weniger Feuer für den «bewährten» Grundsatz unserer Außenpolitik eintraten: Mischet euch nicht in fremde Händel ein! Natürlich verlor der Major. Aber sachlich hat er, vom Standpunkte des konservativen Bürgertums aus, dennoch recht. Die Schweiz steht ja «moralisch», wirtschaftlich und politisch doch im Lager der Westalliierten, und auch militärisch würde sie im Ernstfall — das heißt, wenn der Krieg wieder nach alter Vätersitte geführt würde — nur die Deckung der rechten Flanke der Atlantikfront übernehmen können. Warum also nicht auf eine ja doch unhaltbar gewordene Fiktion verzichten und nicht offen «aussprechen, was ist»? Vor dieser Konsequenz schrecken zwar auch auf unserer Seite noch viele zurück. Aber ich muß wirklich sagen: Der Preis einer Verstärkung des Westblocks durch die Wirtschafts- und Militärkraft der Schweiz wäre mir nicht zu hoch, wenn wir dadurch die Befreiung von den Lügen- und Weihrauchnebeln erlangen könnten, die jetzt um die beiden Götzen Neutralität und Armee herum wallen und das ganze Volksleben vergiften. Man denke — um eine aktuelle Kleinigkeit zu erwähnen — nur etwa an die verschiedenen Verbote von Vorträgen ausländischer, dem Sowjetblock nahestehender Redner, die in den letzten Monaten im Namen der heiligen Neutralität erlassen wurden, bei gleichzeitiger Duldung mehrerer westalliiertes und westdeutscher Redner. Welche Heuchelei! Und auch welch lächerlich dummes Polizeidenken! Die meisten dieser Verbote sind ja prompt wirkungslos gemacht worden, sei es, daß die «staatsgefährlichen» Vorträge einfach in der Presse veröffentlicht, sei es, daß sie von Stahlbandaufnahmen weg ohne Anwesenheit der Redner in öffentlicher Versammlung wiedergegeben wurden. Für solche Verbote müßte man beim offenen Übergang ins Lager der Westmächte keine unwahren Begründungen mehr erfinden; sie wären in unserem politischen Klima dann ebenso normal wie beispielsweise jener famose Übersetzungstext, den der Professor Gentinetta an der Kantonsschule von Sitten kürzlich seinen Schülern diktierte und in dem es hieß:

«Mögen die Russen kommen und unsere Tapferkeit kennenlernen! Rächen wir uns an diesen Bären für unsere erwürgten Freunde und unsere geraubten Frauen. Diese Räuber wollen uns unser liebes Vaterland entreißen; sie versammeln schon ihre Armeen; unsere Voralpen sind schon von ihnen besetzt. Sie fallen über uns her wie der Löwe auf eine Herde friedlicher Schafe und wollen uns der Freiheit berauben. Man muß sich deshalb zum Kampf entschließen und diese Feinde wie hungrige Wölfe niederschlagen, denen es nach unseren Schafen gelüstet. Gehen wir raschen Schrittes

dem Feind entgegen, um ihn für seine Anschläge, deren er sich schuldig gemacht hat, zu bestrafen. Gott beschütze uns! Es lebe die Freiheit! Tod den Russen!»

Nicht daß wir *wünschten*, solche Aufsatztexte und die ihnen entsprechenden Zeitungsartikel, Reden, Radiosendungen usw. sollten bei uns zur Regel werden. Da aber die Gesinnung, die sie eingibt, ja doch besteht und sogar ungeheuer weit verbreitet ist, so soll sie auch ausgedrückt werden können und nicht durch jene unwahre Neutralität zurückgestaut werden müssen, die eine der ärgsten Verbiegungen und Verkrampfungen des schweizerischen Volkscharakters bewirkt hat. Vor allem: Offenheit und Ehrlichkeit! Die Zeit der profitlichen Schlaumeierei ist au in der Politik vorbei.

10. Mai.

Hugo Kramer.

Nachtrag. Das Neueste auf dem Gebiete des bundesrätlichen Neutralitätsschutzes ist der Fall *Ilya Ehrenburg*. Der berühmte russische Schriftsteller, der sich in Frankreich und Belgien aufgehalten hatte, bekam die Erlaubnis zur Einreise in die Schweiz nur, nachdem er sich unterschriftlich verpflichtet hatte, weder Vorträge irgendwelcher Art zu halten noch in öffentlichen oder geschlossenen Versammlungen zu erscheinen oder Pressekonferenzen zu geben. In Belgien, also einem von Amerika subventionierten Lande, das dem Atlantikbund angehört und dessen amtliche Außenpolitik schon antirussisch orientiert ist, durfte sich Ehrenburg völlig frei bewegen und aussprechen, desgleichen im neutralen Schweden. In der «neutralen» Schweiz bekam er einen Maulkorb angelegt... und las dafür fleißiger unsere Zeitungen, deren Russenfeindschaft ihn trotz allem, was er erwartet hatte, dann doch bestürzte. Natürlich wird er, wie wir aus seinem eigenen Munde gehört haben, aus seinem Herzen keine Mördergrube machen, wenn er nach Moskau zurückgekehrt sein wird. Und dann wird man sich bei uns über die zu erwartende neue Verschlechterung unserer Beziehungen zur Sowjetunion wundern... Mit einem klein wenig Verstand und Selbstvertrauen hätte man diese Folgen mit Leichtigkeit vermeiden können (was übrigens auch die «Gazette de Lausanne» anerkennt, die das Vorgehen des Politischen Departements lebhaft kritisiert). Aber es scheint eben, daß die Leitung unserer Außenpolitik um keinen Deut weiterblickend geworden ist, seit Herr Pilet-Golaz weggegangen ist. Wo die Russenangst anfängt, da hört die Vernunft auf. (14. Mai.)

BUCHBESPRECHUNGEN

Edgar Kupfer-Koberwitz: «Die Tierbrüder», Manuverlag, Augsburg 1947, 77 S.

Karl Adolf Laubscher: «Tierschutzgedichte», Kristallverlag Bern 1949, 63 S.

Karl Adolf Laubscher: «Habe nur Vertrauen», herausgegeben von Eugen Thurnher, Eugen-Ruß-Verlag, Bregenz 1949, 120 S.

K. A. Laubscher, der als Dichter wie als Maler unsern Lesern kein Unbekannter mehr ist, wirbt in den Tierschutzgedichten, die berndeutsche und schriftdeutsche Gedichte sowie einen am Welttierschutztag 1948 in Bern gehaltenen Vortrag enthalten, für den Gedanken der Rücksichtnahme auf alle und jeden. Er zeichnet besonders die Schwachen, und als die Schwächsten sieht er die Tiere, als solcher Rücksicht bedürftig. Die zwei Seiten jeder Absolutheitsidee kommen auch in dem hier verkündeten absoluten Vegetarismus zum Ausdruck: Einmal zeigt sich eine Überschattung geschichtlicher Wirklichkeiten und Möglichkeiten durch die eigene Idee — dies zeigt sich, wenn ohne Rücksicht auf den geschichtlichen Jesus der Christus zum Verkünder der Idee gemacht wird — und zum andern ein bewegender kompromißloser Ernst gegenüber